

4571/AB
vom 11.02.2021 zu 4530/J (XXVII. GP)
bmi.gv.at

 Bundesministerium
Inneres

Karl Nehammer, MSc
Bundesminister

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.012.164

Wien, am 11. Februar 2021

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Dr. Martin Graf, MMMag. Dr. Kassegger und weitere Abgeordnete haben am 11. Dezember 2020 unter der Nr. **4530/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Verbindung des Universitätsprofessors Dr. Wolfgang Benedek zur Muslimbruderschaft“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1, 2 und 4:

- *Ist es dem Ministerium bekannt, dass es eine Veranstaltung gab, die unter anderem vom Land Steiermark, der Stadt Graz und der Universität Graz mitfinanziert wurde, die über die Muslimbrüder radikal islamisches Gedankengut verbreitet?*
- *Ist es dem Ministerium bekannt, dass Wolfgang Benedek mit einem der Hauptverdächtigen der Großrazzia vom November 2020 gemeinsame Publikations- und Vortragstätigkeiten betrieb?*
- *Sind in dem angesprochenen Buch polemische, islamistische Aussagen oder Meinungen zu finden?*

Um die nicht abgeschlossenen Ermittlungen im anfragegegenständlichen Zusammenhang nicht zum Nachteil der Strafrechtspflege zu beeinträchtigen und auch im Hinblick auf die

Nichtöffentlichkeit des strafbehördlichen Ermittlungsverfahrens (§ 12 StPO) ist eine Beantwortung dieser Fragen nicht zulässig.

Zur Frage 3:

- *Welche öffentlichen Gelder wurden Professor Wolfgang Benedek, beziehungsweise dem Institut für Völkerrecht und Internationale Beziehungen der Universität Graz aus dem Bereich Ihres Ministeriums im Zeitraum von 2004 bis 2020 (beispielsweise für Expertisen, Gutachten etc.), aufgeschlüsselt nach Jahren, zur Verfügung gestellt?*

Dem Genannten wurden vom Bundesministerium für Inneres in den Jahren 2017 bis 2019 jeweils EUR 1.500,-, somit insgesamt EUR 4.500,-, für Referententätigkeiten bei Seminaren zum Thema „Polizeiliches Handeln im Spannungsfeld der Menschenrechte“ bezahlt.

Karl Nehammer, MSc

